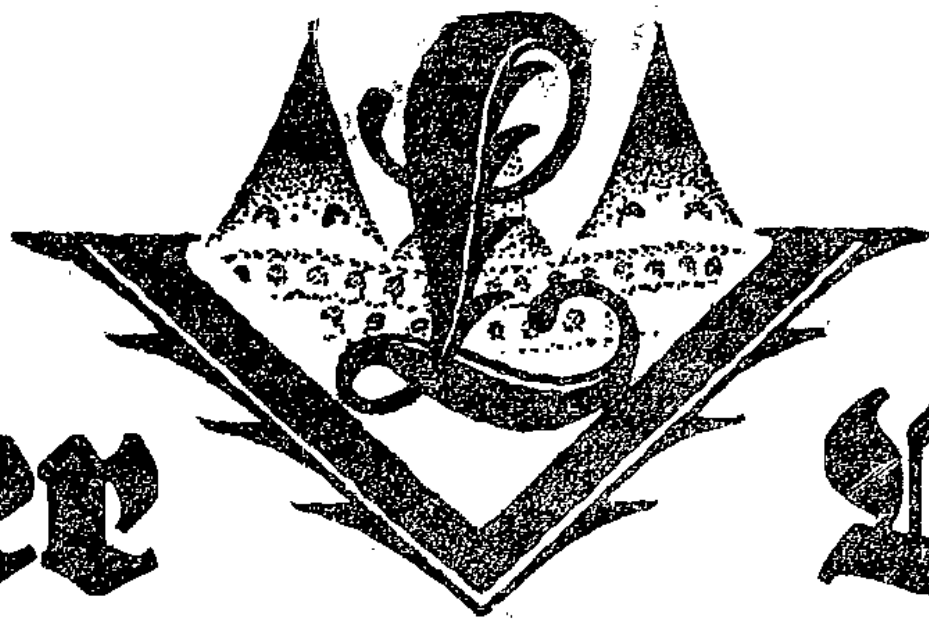


Der Lübecker Volksbote erscheint jeden Nachmittags, außer an Sonntagen und Festtagen. Der Abonnementspreis beträgt bei Lieferung durch den Boten frei ins Haus für die erste Jahreshälfte 2500.— M. Einzelverkaufspr. 200 M.

Redaktion: Johannisstraße 46.  
Fernruf 1905 nur Redaktion.  
1926 nur Geschäftsstelle.



# Lübecker Volksbote

Tagesszeitung für das arbeitende Volk.

Nummer 131.

Freitag, 8. Juni 1923.

30. Jahrgang.

## Das deutsche Ergänzungsangebot.

Die Reichsregierung hat am Donnerstag in London, Rom, Paris, Brüssel, Washington und Tokio zur Erläuterung und Ergänzung der Note vom 2. Mai

folgendes Memorandum

überreichen lassen:

1. Die deutsche Regierung hat nach sorgfältiger und gewissenhafter Untersuchung ihre ehrliche Ansicht darüber zum Ausdruck gebracht, was Deutschland an Reparationen zu leisten fähig ist. Sie würde nicht aufrichtig handeln, und das Problem seiner wirklichen Lösung nicht näher bringen, wenn sie, nur um die politischen Schwierigkeiten des Augenblicks vorübergehend zu erleichtern, mehr versprochen wollte, als nach ihrer Überzeugung das deutsche Volk bei Anspannung aller seiner Kräfte zu halten imstande ist.

Die Frage nach der deutschen Leistungsfähigkeit ist jedoch eine Tatsachenfrage, über die verschiedene Meinungen möglich sind. Deutschland verkennt nicht, daß es unter den augenblicklichen Verhältnissen ungemein schwer ist, zu einer sicheren Schätzung zu gelangen. Aus diesem Grunde hat

die deutsche Regierung sich erboten, die Entscheidung einer unparteiischen internationalen Instanz über die Höhe und Art der Zahlungen anzunehmen.

Ein stärkerer Beweis für den Reparationswillen Deutschlands ist nicht denkbar.

Die deutsche Regierung ist bereit, alle Unterlagen für eine zuverlässige Beurteilung der deutschen Leistungsfähigkeit beizubringen. Sie wird auf Anfordern vollen Einblick in die staatliche Finanzgebarung gewähren und alle gewünschten Auskünfte über die Hilfsquellen der deutschen Volkswirtschaft erteilen.

2. Die deutsche Regierung hat die Ausgabe großer Anleihen in Aussicht genommen, um den reparationsberechtigten Mächten baldmöglichst erhebliche Kapitalbeträge zuzuführen. So lange sich die Ausgabe von Anleihen in großen Beträgen als undurchführbar erweist, ist die deutsche Regierung auch damit einverstanden, daß an Stelle der Kapitalsummen ein System von

Jahresleistungen

tritt.

3. Da die alliierten Regierungen Wert darauf legen, schon jetzt genaue Angaben über die Auswahl und die Ausgestaltung der von Deutschland ins Auge gefaßten Sicherheiten zu erhalten, schlägt die deutsche Regierung folgende

Garantien

für die Durchführung des endgültigen Reparationsplanes vor:

a) Die Reichsbahn

wird mit allen Anlagen und Einrichtungen von dem sonstigen Reichsvermögen losgelöst und in ein Sondervermögen umgewandelt, das in Einnahmen und Ausgaben von der allgemeinen Finanzverwaltung unabhängig ist, und unter eigener Verwaltung steht. Die Reichsbahn gibt Goldobligationen in Höhe von 10 Milliarden Goldmark aus, die alsbald als erstelliges Pfandrecht auf das Sondervermögen eingetragen und vom 1. Juli 1927 ab mit 5 Prozent verzinslich sind, also eine Jahresleistung von 500 Millionen Goldmark sicherstellen.

b) Um eine weitere Jahresleistung von 500 Millionen Goldmark vom 1. Juli 1927 ab sicherzustellen, wird die deutsche Regierung alsbald

die gesamte deutsche Wirtschaft

— Industrie, Banken, Handel, Verkehr und Landwirtschaft — zu einer Garantie heranziehen, die als erstelliges Pfandrecht in Höhe von 10 Milliarden Goldmark auf den gewerblichen, den städtischen und den land- und forstwirtschaftlichen Grundbesitz eingetragen wird. Die 500 Millionen Goldmark Jahresleistung werden entweder mittelbar im Rahmen einer allgemeinen, auch den übrigen Besitz erfassenden Steuer, oder unmittelbar von den belasteten Objekten aufgebracht.

c) Außerdem werden

die Zölle auf Genussmittel und die Verbrauchsteuern auf Tabak, Bier, Wein und Zucker sowie die Erträge des Branntweinmonopols

als Sicherheit für die Jahresleistung verpfändet. Der Rohertrag dieser Zölle und Verbrauchsteuern, der sich im Durchschnitt der letzten Vorkriegsjahre auf rund 800 Millionen Mark belief, ist zwar seitdem infolge des Verlustes an Land und Volk und infolge des vermindernden Verbrauches auf etwa ein Viertel zurückgegangen. Mit der Befruchtung der Wirtschaft wird er jedoch automatisch wieder steigen.

4. Zum Schluß glaubt die deutsche Regierung folgendes betonen zu müssen: In einer so großen und so verwickelten Frage können entscheidende Fortschritte nicht durch schriftliche Darlegungen, sondern

nur durch mündlichen Gedankenaustausch am Verhandlungstische

erzielt werden. Deutschlands Zahlungsvermögen hängt von der Art der Lösung des Gesamtproblems ab. Die Zahlungsmethode kann nur in unmittelbarer Aussprache mit den Empfangsberechtigten geregelt werden. Die Festlegung der Garantien in ihren Einzelheiten, bedarf der Mitwirkung derjenigen, denen die Ga-

rantien dienen sollen. Zur Lösung aller dieser Fragen sind mündlich zu berufen, um den besten Weg zur Erfüllung dieser Verpflichtung zur Reparation an. Die deutsche Regierung wiederholt ihr Ersuchen,

eine Konferenz

zu berufen, um den besten Weg zur Erfüllung dieser Verpflichtung zu vereinbaren.

\*

Am 2. Mai richtete die Reichsregierung ihr erstes Angebot an die alliierten Mächte, um eine Grundlage zu Verhandlungen für die Beilegung des Ruhrkonfliktes zu schaffen. Wenige Tage später war sie im Besitz der französisch-belgischen Gegenantwort. Im Interesse Deutschlands hätte dieses Dokument eines gewiegten Juristen eine schnelle Antwort erfordert. Stattdessen aber hat die gegenwärtige Regierung mehr als vier Wochen zur Ergänzung ihres ersten Vorschlages gebraucht. Das war nicht notwendig, wie überhaupt die zweite Note überflüssig gewesen wäre, wenn das Kabinett Cuno schon damals statt der besetzten Zweideutigkeit die notwendige Klarheit hätte walten lassen und damit das Maß an Verantwortung gezeigt hätte, das in dem gegebenen Augenblick notwendig war. Die am Donnerstag nachmittag den Alliierten mit einem Begleitwort überreichte Note beweist das am besten. Es handelt sich hier ausschließlich um Ergänzungen zu dem ersten deutschen Vorschlag, die von der Sozialdemokratie schon als Inhalt des Angebots vom 2. Mai gewünscht wurden. Würde man damals unserer Reichstagsfraktion gefolgt, dann hätte das deutsche Volk vielleicht manches unangenehme Ereignis der letzten Zeit nicht über sich ergehen lassen brauchen und den Franzosen wie Belgiern wären die Behauptungen von dem schlechten deutschen Willen, der immer noch die Welt erfüllt, nicht so leicht gemacht worden.

Leider viel zu spät hat die gegenwärtige Regierung aus ihren Fehlern in der Außenpolitik und aus der Entwicklung der Verhältnisse in den letzten vier Wochen etwas gelernt. Sie hat in ihrer neuen Note jede unnütze Polemik vermieden und sich einer psychologischen Form bedient, die wesentlich besser ist als die der Note vom 2. Mai. Die Sicherheitsfrage jenes Problems, das in den kommenden Tagen den wesentlichen Gegenstand aller Erörterungen bilden dürfte, ist diesmal unberührt gelassen. Kein Wort enthält die Note ferner über den von Frankreich geforderten Verzicht auf den passiven Widerstand. Der verhängnisvolle Einfluß der Deutschnationalen auf die letzte Note ist also endlich fortgefallen. Das beweist auch der übrige Inhalt des ergänzenden Vorschlages, dessen Aufbau rein sachlich vollzogen wurde, und der so den Beweis von der langsamen aber stetigen Sinnesänderung dieser Regierung liefert. Während Herr Rosenbergs unter Zustimmung des Reichstagspräsidenten und der Deutschnationalen noch in seiner letzten großen Reichstagsrede im April sich gegen ein internationales Schiedsgericht zur Festsetzung der deutschen Leistungsfähigkeit wandte, so lange nicht bekannt ist, welche Zusammenfassung diese Instanz hat, ist er mit Herrn Cuno jetzt bereit, unsere Wirtschaftskraft und finanziellen Fähigkeiten einer derartigen Kommission zu überlassen.

Aber auch in anderer Hinsicht haben sich die Herren eines andern besonnen. Solange Anleihen nicht möglich sind, wollen sie an Stelle der Kapitalsummen ein System von Jahresleistungen übernehmen, ohne jedoch zu erklären, wie hoch nach ihrem Ermessen diese Leistungen sein sollen und welche Höhe die Gesamtpflicht nach eigenen Schätzungen haben kann. Die Sozialdemokratie war in diesem Punkte gegenteiliger Auffassung wie die Regierung, die ihre Haltung zur Frage der Endsumme mit angeblich guten Informationen begründete, damit jedoch eine Aenderung in der Haltung unserer Fraktion nicht erfolge. Die Richtigkeit ihrer Informationen dürfte sich bald herausstellen. Vielleicht vermag ein positiver Entscheid eine Aenderung der Auffassung innerhalb der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion herbeizuführen. Vorkäufig bleibt sie jedoch der Meinung, daß die Nennung einer festen Zahl angebracht war und kann sich infolgedessen der Behandlung der Frage über die endgültige Leistungsfähigkeit, wie sie in der Note der Regierung Cuno gegeben ist, nicht anschließen. Immerhin aber läßt auch das Kabinett bei der Behandlung der Garantiefrage indirekt durchblicken, daß nach seiner Schätzung die Annuitäten jährlich 500 + 500 + die Einnahmen aus den Zöllen für Genussmittel, Tabak, Bier, Wein, Zucker usw., die heute den vierten Teil der Einnahmen aus der Vorkriegszeit, also 200 Millionen Goldmark, ausmachen, getragen können. Rechnet man zu dieser Jahresleistung von 1,2 Milliarden Goldmark die Beiträge für die Sachlieferungen, so würde sich eine jährliche Annuität von 1,6 Milliarden Goldmark ergeben. Zwar wird in der neuen Note kein Wort über die Verrechnung der Sachlieferungen geäußert, wie sie überhaupt jede Erwähnung der Sachlieferung vornehmlich vermeidet. Wir glauben deshalb, darauf hinweisen zu müssen, daß sich das Kabinett in seiner ersten Note bereits bereit erklärt hat, auch während der Dauer des Moratoriums Sachlieferungen vorzunehmen und müssen erwarten, daß diese Auffassung aufrecht erhalten bleibt. Zur Vermeidung von Mißverständnissen wäre es erwünscht gewesen, auch die Sachlieferungen, ihre

Abgeltung und Verrechnung, zu erwähnen. Wollen wir im Ernst die Verständigung, dann wird diese Frage im Zusammenhang mit den Ergänzungen bald geklärt werden müssen.

In der Garantiefrage hat die Regierung endlich ein klares Wort gesprochen. Sie will von einem gewissen Zeitpunkt an die Einnahmen der Reichsbahnen verpfänden, den deutschen Grundbesitz mit Jahresleistungen von 500 Millionen Goldmark heranziehen und außerdem die Zölle zu einem wesentlichen Bestande zur Verfügung zu stellen. Es ist bedauerlich, daß ohne weiteres das Angebot der Wirtschaft in seiner zahlenmäßigen Höhe übernommen wurde. Die Herren Sachwertbesitzer mögen noch so heulen und schreien über ihre Opferbereitschaft, das eine steht doch fest, daß ihnen das Opfer von 500 Millionen Goldmark jährlich nicht sehr schwer fällt. In diesem Zusammenhang müssen wir deshalb auch heute wieder davor warnen, den deutschen Wirtschaftskreisen, die an dem Elend des deutschen Volkes verdient haben, als Entgelt die Erfüllung ihrer Bedingungen zuzufügen. Sie haben in diesem Staate ohne Bedingungen noch größere Opfer zu bringen, und diese Leistungen sehen wir vorläufig in einer neuen Vermögenssteuer, deren Veranlagung nach dem Gemeinwert vollzogen wird und deren Einkünfte zur Stabilisierung der Markt Verwendung finden. Auch diesen innerpolitischen Punkt hat die Regierung unerwähnt gelassen. Die Sozialdemokratische Partei muß deshalb mit allem Nachdruck dafür sorgen, daß das Verfaßte nicht nachgeholt wird.

In ihrer Gesamtheit ebnen die Ergänzungen weiter den Weg zu Verhandlungen. Die Aussichten auf eine Beilegung des Konfliktes bestehen. Aber das Ergebnis der Brüsseler Konferenz wirkt auf die Zukunft der Entwicklung, auf die Art der Lösung unheilvolle Schattenzeichen. Statt die wirtschaftlichen Interessen in den Vordergrund zu stellen, wurden die Befürchtungen der französischen und belgischen Politikern in Brüssel wieder einmal von rein politischen Gesichtspunkten aus, vollkommen einseitig gefaßt. So kann man nicht zu Verständigung kommen, wenn den aufregenden Tagen der letzten Jahre endlich der ersehnte wahre Friede kommen soll. Diesen Frieden will das deutsche Volk! Keine Regierung hält es davon ab.

### Die ersten Kommentare.

III. Paris, 8. Juni.

Die deutsche Note wurde heute sechs Uhr nachmittags im Ministerium des Auswärtigen überreicht. Kurze Zeit darauf wurden die französischen Pressevertreter am Quai d'Orsay empfangen, denen der Inhalt in folgender Form mitgeteilt wurde: Die Note enthalte keine Fixierung von Reparationssummen. Sie rege ein vierjähriges Moratorium und biete für diese Zeit keinerlei Leistungen an, also auch nicht die Naturalleistungen in Höhe von 2½ Milliarden, von denen die Rede sei. Nach diesem Moratorium biete Deutschland Jahreszahlungen von einer Milliarde an und es schlage als Garantie u. a. die Eisenbahnen vor, die jedoch ein Defizit aufweisen. Fernerhin lasse die Note alle Anspielungen auf den passiven Widerstand im Ruhrgebiet vermeiden. Man sei am Quai d'Orsay der Ansicht, die Note werde den Engländern keine Basis zur Aufnahme von Verhandlungen bieten. Poincaré, der kurze Zeit darauf mehrere Pressevertreter empfing, sagte: In der Note ist nichts von der Einstellung des passiven Widerstandes im Ruhrgebiet erwähnt. Das ist jedoch der Punkt, über den wir Auskunft haben wollen. Wenn wir Deutschland antworten, so werden wir mit der Frage antworten: Wollt Ihr den passiven Widerstand aufgeben oder nicht? Im ersteren Falle könnten wir zu Verhandlungen kommen, im zweiten könnte eine gemeinsame Note der Alliierten nur darin bestehen, daß Verhandlungen abgelehnt werden. Im übrigen erklärte Poincaré, daß mit dem gestrigen Brüsseler Kommuniqué bereits im voraus eine Antwort auf die deutsche Note gegeben worden sei.

### Der erste Eindruck in London.

Eine schwerwiegende Ueberraschung.

London, 8. Juni.

Nachdem in finanziellen und politischen Kreisen auf Grund des von der Morning Post veröffentlichten, aber völlig falschen Auszuges der neuen deutschen Reparationsnote entstandenen Pessimismus, wird der heute abend bekanntgemachte Text der deutschen Note als unerwartet und als eine schwerwiegende Ueberraschung empfunden. Volkshof Dr. Schamer überreichte die Note gestern nachmittag im Foreign Office und wiederholte dabei mündlich die der Note in Berlin beigegebene Einleitungsleitung, nach der die deutsche Regierung, um Gegenständlichkeiten zwischen den Alliierten zu vermeiden, sich lediglich auf solche Punkte beschränken wolle, die den alliierten Antworten auf das letzte deutsche Angebot gemeinsam seien.

### Mussolini erhofft bersichtige Verständigung?

Rom, 8. Juni.

Zwecks Uebergabe der deutschen Note begab sich der deutsche Botschafter, Freiherr von Neurath, am Nachmittage ins Palazzo Chigi und wurde zunächst vom Generalsekretär, alsdann vom Ministerpräsidenten Mussolini empfangen, und überreichte ihm die Note mit der italienischen Uebersetzung. Darnach knüpfte sich eine kurze Unterhaltung, über deren Inhalt verläutelt, daß Mussolini die Hoffnung ausdrückte, die Note werde den Grund zu einer herzlichen Verständigung legen.

Dollar 78000.



# Feuerungsdebatte im Reichstag.

259. Sitzung.

7. Juni 1923, 2 Uhr nachm.

Auf der Tagesordnung steht als einziger Punkt die sozialdemokratische Feuerungsinterpellation.

Die Beantwortung gibt

Hg. Minister (Soz.):

Der Redner wendet sich zunächst gegen die rechtsradikale Presse, die unter Veranlassung der sozialdemokratischen Interpellation einen Sturm auf die Sozialdemokratie gegen die Regierung losbrach und behauptete, der Sozialdemokratie komme es in der jetzigen Zeit der Not lediglich darauf an, für die Nationalisten die Schuld zu übernehmen. Die Tat sache — in ihrer unteren Bedeutung — bezieht sich auf die sogenannte „Kohlefrage“. Man erblickt bereits ein Vorbild in dem Verbot der Kohlen der Wirtschaften zu beschneiden. Die Interpellation wurde eingebracht nicht, um einem Parteipolitiker die Sozialdemokratie zu verurteilen, sondern um eine Enttarnung der nationalsozialistischen Lage herbeizuführen. Gemäß dem in der Nationalen Volkszeitung an anderer wirtschaftlicher Stelle über die Kohlenfrage veröffentlichten Resolutionsentwurf, die in Deutschland selbst die Kohlenfrage an der Spitze der Tagesordnung zu setzen, ist die Kohlenfrage in der Reichstagsdebatte zu behandeln. Die Kohlenfrage ist eine nationale Frage, die die Kohlenfrage in der Reichstagsdebatte zu behandeln ist. Die Kohlenfrage ist eine nationale Frage, die die Kohlenfrage in der Reichstagsdebatte zu behandeln ist. Die Kohlenfrage ist eine nationale Frage, die die Kohlenfrage in der Reichstagsdebatte zu behandeln ist.

lungen der Straße zu reden. Wir verlangen, daß die Reichsregierung uns sagt, mit welchen Maßnahmen sie die Löhne an die Feuerung anpassen will. Die Arbeiterklasse wird sich nicht durch unlautere Elemente zu unbesonnenen Handlungen verleiten lassen, die Regierung aber muß dafür sorgen, daß die Hungergrenze nicht überschritten wird. Es muß hier im Parlament für das notwendige Geld gesorgt werden, ehe die Mobilisation der Arbeiterklasse außerhalb des Parlaments weitere Fortschritte macht. Das Gebot der Stunde ist gemeinschaftliches Denken und sozialpolitisches Handeln. (Beif. Beifall bei den Soz.)

Als erster Regierungsvertreter beantwortet Reichsminister für Arbeit Dr. Brüning die Interpellation: Die Regierung hat schon eine der Feuerung angepasste Erhöhung der Unterhaltung der Sozial- und Kleinrenten, der Kriegsbeschädigten und Invaliden, der Waisenhilfe und der Unvollkommenen bewilligt. Die Erwerbslosenunterstützung soll unabhängig der Beschäftigungssituation angehoben werden. Die Erhöhung soll im nächsten Monat bis zum 4. Juni haben. Besondere Aufmerksamkeit wird einer angemessenen Entschädigung für die Erwerbslosen zugeteilt. Zur Schaffung neuer Arbeit haben wir das System der produktiven Erwerbslosensicherung wesentlich ausgebaut, besonders im Kleinrentenbereich. Die Vorkasse für die Wohnungsbauarbeiten hat ebenfalls erhöht werden. Als die neue Marktwirtschaft sich herausbildet, so das Arbeitsministerium darauf die entsprechenden Maßnahmen folgen lassen. Insbesondere sind auch in den großen Industrien Lohnverhandlungen um 67 % und mehr eingeleitet und die Erhöhungen sind damit noch nicht abgeschlossen. Im nächsten Monat werden am nächsten Montag neue Verhandlungen beginnen. Die Beschlüsse gegen eine automatische Lohnsenkung sind im Interesse der Beschäftigten nicht zu treffen. Der Kohlenmarkt hat seinen Schock wegen der weiteren Erhöhung der Kohlenpreise abgestreift. Im Einverständnis mit dem Reichsbund der Arbeiter mit uns, einen Maßstab zu finden, um die Kohlenpreise der Kaufkraft möglichst schnell und vollständig zu gleichen. Die laufenden Lohnverhandlungen zu unterstützen. Die Verhandlungen über den Reichsindex sind im Gange. Die von der Regierung vorgeschlagene Erhöhung des Steuerzuschusses gegen die Erwerbslosen hat noch erhebliche Bedenken haben sich als unzulässig erwiesen, aber im Laufe dieses Jahres die Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung um 100 % durch den Reichsbund der Arbeiter erreicht werden. Bis zum 1. Juli sind 20 Millionen Arbeitslosengeld eingegangen. Die Erwerbslosenunterstützung wird auf 15. August und dem 1. September der Reichsregierung der Reichsbund der Arbeiter die Erwerbslosenunterstützung um 100 % durch den Reichsbund der Arbeiter erreicht werden. Bis zum 1. Juli sind 20 Millionen Arbeitslosengeld eingegangen. Die Erwerbslosenunterstützung wird auf 15. August und dem 1. September der Reichsregierung der Reichsbund der Arbeiter die Erwerbslosenunterstützung um 100 % durch den Reichsbund der Arbeiter erreicht werden.

Der Reichsbund der Arbeiter (Soz.) wird die Regierung ersuchen, die Kohlenfrage in der Reichstagsdebatte zu behandeln. Die Kohlenfrage ist eine nationale Frage, die die Kohlenfrage in der Reichstagsdebatte zu behandeln ist. Die Kohlenfrage ist eine nationale Frage, die die Kohlenfrage in der Reichstagsdebatte zu behandeln ist. Die Kohlenfrage ist eine nationale Frage, die die Kohlenfrage in der Reichstagsdebatte zu behandeln ist.

Der Reichsbund der Arbeiter (Soz.) wird die Regierung ersuchen, die Kohlenfrage in der Reichstagsdebatte zu behandeln. Die Kohlenfrage ist eine nationale Frage, die die Kohlenfrage in der Reichstagsdebatte zu behandeln ist. Die Kohlenfrage ist eine nationale Frage, die die Kohlenfrage in der Reichstagsdebatte zu behandeln ist. Die Kohlenfrage ist eine nationale Frage, die die Kohlenfrage in der Reichstagsdebatte zu behandeln ist.

Der Reichsbund der Arbeiter (Soz.) wird die Regierung ersuchen, die Kohlenfrage in der Reichstagsdebatte zu behandeln. Die Kohlenfrage ist eine nationale Frage, die die Kohlenfrage in der Reichstagsdebatte zu behandeln ist. Die Kohlenfrage ist eine nationale Frage, die die Kohlenfrage in der Reichstagsdebatte zu behandeln ist. Die Kohlenfrage ist eine nationale Frage, die die Kohlenfrage in der Reichstagsdebatte zu behandeln ist.

Hand in Hand arbeiteten, hat auf andere Kreise des Angebots der Industrie und der Landwirtschaft, die sich vor den Opfern drückten während die Arbeiterbewegung an der Ruhr loszulegen alle optierten, verheerend gewirkt. Weiter führt man ins Feld, daß die Disziplinierung gegen die streikenden Eisenbahner von Februar 1922 immer noch schwebend und daß Bergbauangehörige die seit Jahren gemachtem sind und laut Schiedsspruch wieder eingestuft werden müssen, immer noch auf der Strafe liegen. In einer Resolution, die die Eisenbahner freien Gewerkschaften gestern abend einstimmig angenommen haben, wird das als Dolchstoß in den Rücken der Ruhrkämpfer bezeichnet. Im Übrigen macht sich ein großer Kartoffelmangel bemerkbar. Er ist zurückzuführen auf die durch die Witterungsungunst hier im Westen fast um vier Wochen verschobene Kartoffelreife und auf die infolge des Marktes ungenügender in die Höhe gestiegenen Preise für holländische Kartoffeln, durch die früher der Bedarf im Ruhrgebiet gedeckt wurde. Wie wir erfahren, beschäftigen sich bereits die Ruhrarbeiter und die Düsseldorf Arbeiter mit dieser Frage. Der Hauptgrund der Mitternachtsfeier bleibt aber die Lohnfrage. Die Geburt der Ruhrarbeiter in dieser Beziehung wird auf die denkbar härteste Probe gestellt. Hier muß bald eine Änderung getroffen werden.

## Wichtige Zusammenkünfte in Leipzig

Leipzig, 7. Juni.

Nach der gestern in den Spätnachmittagsstunden vom Gewerkschaftsverband und der USPD. auf dem Augustusplatz veranstalteten Demonstration kam es leider zu blutigen Zusammenstößen zwischen unkontrollierbaren Banden, die schon den ganzen Tag über die Stadt beunruhigt, und der Polizei. Während der Veranstaltung war die Polizei nach und nach zurückgenommen worden bis in den Eingang der Ritterstraße. Die Menge drängte jedoch vom Augustusplatz schrittweise nach, so daß sie ebenfalls nach längerer Zeit den Eingang der Ritterstraße erreichte. Den arbeitslosen Horden, die Polizei noch weiter zurückzunehmen, konnte nicht statgegeben werden, vielmehr wurde mit Bestimmtheit erklärt, daß die Polizei diese Stellung unter allen Umständen halten werde. Darauf erschienen von der USPD. eine größere Anzahl Ordner, denen es etwa drei Viertelstunden lang gelang, die Menge zurückzuhalten. Die Ordner wurden jedoch beschimpft, bedroht und tätlich angegriffen. Angesichts dieser Lage wurde von den Ordnern der Menge mindestens zehnmal erklärt, wenn die Bedrängung nicht aufhöre, sie sich zurückziehen und der Polizei freie Bahn lassen müßten. Mehrere Redner, darunter auch Führer der USPD., versuchten vergeblich, die Menge zum Zurückgehen nach dem Augustusplatz zu bewegen. Ihnen wurde allgemein entgegengerufen:

„Wir sind nicht USPD. und nicht SPD. Leute, wir machen unsere eigene Aktion!“

Unter starkem Druck wurde versucht, die Ordnerkette in der Mitte zu sprengen. Schließlich konnten die Ordner sich nicht mehr halten, erklärten aber nochmals, daß sie unter diesen Verhältnissen abziehen müßten, um der Polizei freie Hand zu geben. Doch alle Warnungen wurden mit Johlen und Schreien erwidert und in den Wind geschlagen. Nunmehr traten die Ordner zur Seite und die Polizei, auf die die Menge zuflüchtete, griff mit Gummiknüppeln ein und räumte die Straße bis zum Augustusplatz.

Während dieser Vorgänge war vom Augustusplatz bereits ein Schuß gefallen. Auch wurden die Polizeibeamten und die Redner mit Steinen und anderen Gegenständen beworfen. Doch die Polizei reagierte auf all dies nicht. Nach dem Vorfall wurde der Augustusplatz zunächst durch eine Polizeikette abgesperrt. Hierauf übernahmen wiederum Ordner die Überwachung und die Polizei zog sich wieder in die Ritterstraße zurück. Die Ordner konnten jedoch die stürmisch nachdrängende Menge nicht halten, so daß dieselbe bald wieder in der Ritterstraße stand. Hier erklärten nunmehr die Ordner endgültig, daß sie ihre Tätigkeit einstellen und alles weitere der Polizei überlassen.

Die Polizei rückte erneut vor und räumte die Straße bis zum Augustusplatz. Dort wurde sie mit einem Hagel von Steinen überschüttet, so daß sie sich etwa 20 Meter zurückzog, um sich zu sammeln. Zu dieser Zeit wurde auch das große Schaufenster von Bamberger und Herz eingeworfen und teilweise geknickt. Von der Menge wurden Steine in großen Massen von dem in der Pflasterung befindlichen Fußweg am Postgebäude herangeschleppt und die Polizei damit und mit Glasstücken der zertrümmerten Scheibe beworfen. Zu diesem Zeitpunkt fielen abermals ein Sturmhaufen, und zwar wiederum mit Gummiknüppeln an, wurde aber mit einem solchen Hagel von Steinen, Glasstücken und anderen Gegenständen überschüttet, daß die Beamten in spontaner Notwehr ihre Pistolen zogen und feuerten. Nunmehr räumte die Menge fluchtartig den Platz, worauf das Schießen eingestellt wurde.

Die Zahl der Toten und Verwundeten läßt sich zurzeit noch nicht genau feststellen. Soweit bisher bekannt geworden ist, sollen 5 bis 6 Tote und 23 Verwundete zu verzeichnen sein. Die Polizei hat 15 Verwundete, darunter einige Schwerverwundete. Ein Polizeibeamter wurde durch den Rücken in die Lunge gestoßen und ist seinen schweren Verletzungen bereits erlegen. Das Polizeipräsidium erklärt heute eine Bekanntmachung, wonach auf Grund des § 123, 2 der Reichsverfassung alle Demonstrationen und Versammlungen unter freiem Himmel verboten werden.

Im Stadinetordnenkollegium wurde gestern abend einstimmig ein Antrag der USPD. angenommen, wonach vom Reich die sofortige Verdoppelung der Unterstützungsätze für Erwerbslose und die Gleichstellung von Frauen und Männern in der Unterstützung gefordert werden soll.

## Schlageters Bestattung.

SPD. Elberfeld, 7. Juni. (Eig. Draht.)

Die Leiche Schlageters ist am Mittwoch in Düsseldorf ausgegraben worden. Anwesend waren 70 bis 80 Personen. Schlageter wird nach Elberfeld überführt und in der Stadthalle aufgebahrt. Am Freitag findet eine Feierlichkeit statt, für die Einladungen ausgegeben worden sind. Die ganze Veranstaltung, die einen Anblick von nationalsozialistischer Agitation hat, ruht in den Händen bekannter Elberfelder Nationalsozialisten. Man hofft in diesen Kreisen, daß Herr Euno, den man am Sonnabend in Münster erwartet, wenigstens durch ein Telegramm zur Stelle ist.

## Aus dem Einbruchgebiet.

SPD. Elberfeld 7. Juni. (Eig. Draht.)

Der Metallarbeiterstreik in Hagen ist beigesetzt; damit hatten 5000 Metallarbeiter zur Arbeit zurückgekehrt. Die Gewerkschaften sind wieder eingetragene worden. Dieser Ausgang bedeutet nicht nur einen Sieg der Gewerkschaften, sondern auch einen Sieg des öffentlichen Rechts über die nationalsozialistische Bewegung. Die Arbeiter sind wieder in der Lage, ihre Interessen zu vertreten. Die nationalsozialistische Bewegung ist in der Lage, ihre Interessen zu vertreten. Die Arbeiter sind wieder in der Lage, ihre Interessen zu vertreten. Die nationalsozialistische Bewegung ist in der Lage, ihre Interessen zu vertreten.

Der Reichsbund der Arbeiter (Soz.) wird die Regierung ersuchen, die Kohlenfrage in der Reichstagsdebatte zu behandeln. Die Kohlenfrage ist eine nationale Frage, die die Kohlenfrage in der Reichstagsdebatte zu behandeln ist. Die Kohlenfrage ist eine nationale Frage, die die Kohlenfrage in der Reichstagsdebatte zu behandeln ist. Die Kohlenfrage ist eine nationale Frage, die die Kohlenfrage in der Reichstagsdebatte zu behandeln ist.



# Wertbeständige Einkommen.

Aus gewerkschaftlichen Kreisen wird uns geschrieben:

Jeder Markt, wie überhaupt alle Schwankungen auf dem Weltmarkt bedeuten sich wertvolle soziale Erschütterungen. Ein Fall unserer Markte ist gleichbedeutend mit der Auflösung aller Einkommen, die nicht auf dem Verkauf von Waren beruhen, und einem Aufblähen der Einkommen aller Warenverkäufer. Es findet fast jedesmal eine soziale Umschichtung statt, begleitet von Lohnbewegungen und Streiks, die sich auf alle Berufe und Industrien ausdehnen.

Gegen die Gefahren und Rückschläge der Schwankungen am Weltmarkt haben sich die Warenbesitzer zu schützen gesucht. Sie fakturieren entweder in ausländischer Währung oder aber „freibleibend“. Soweit man sich, insbesondere im Kleinhandel, noch der Papiermark als Preismesser bedient, geschieht das in der Regel unter dem Vorbehalt des Wiederbeschaffungspreises. Da aber der Wiederbeschaffungspreis entweder in fester Währung berechnet wird oder, wie besonders bei einer Reihe von Lebensmitteln und Rohstoffen, automatisch mit den Devisenkursen steigt — nicht aber ebenso automatisch fällt —, so richten sich auch die scheinbaren Papiermarkpreise des Kleinhandels in Wirklichkeit immer mehr nach dem Dollar. Diese Anpassung an den Dollar geschieht ganz automatisch, ganz selbstverständlich. Nur bei den Löhnen und Gehältern wird überhaupt bei allen Arbeitseinkommen Bedarf es erst harte Kämpfe, ungeheurer Entbehrungen und Anstrengungen, um die Einkommen den veränderten Preisverhältnissen anzupassen. Hier muß eine Herabsetzung eintreten.

In den Erklärungen des früheren Staatssekretärs im Reichswirtschaftsministerium, Professor Dr. Hirsch, die der „Vorkriegs“ in seiner Sonntagsnummer veröffentlicht hat, wird die Einführung wertbeständiger Löhne und Gehälter gleichfalls gefordert, und zwar als notwendige Maßnahme zur Sanierung unserer Währungsverhältnisse. Professor Hirsch weist auf die Tatsache hin, daß jeder Kurssturz den Warenbesitzern kurzfristige, aber sehr reale Gewinne bringt und daß folglich diese Kreise nicht selten ein materielles Interesse an der Verschlechterung und Mangelhaftigkeit an der Beförderung oder auch nur Aufrechterhaltung des Wertverlustes haben. Dieser äußere und innere Schutzgewinn an allen Lohn- und Gehaltsansprüchen sollte vollständig beseitigt werden. Professor Hirsch sagt, daß alle die Beamten, Angestellten und Arbeiter die einseitige Last zugunsten derer, die der Verwendung der Währung als bald folgen, künstlich abzuheben und zu beseitigen wertbeständiger Löhne und Gehälter fordern sollten. In erster Linie aber weist Professor Hirsch sehr richtig darauf hin, daß die notwendige Steigerung der Arbeitsleistung und der Arbeitsleistung durch die fortgesetzten Schwankungen des Reallohnes behindert wird. Eine gründliche Feststellung hat übrigens auch der Verband sozialer Baubetriebe bei einer bemerkenswerten Untersuchung über die Verhältnisse von Lohn und Gehältern gemacht.

Wenn es den Unternehmern wirklich ernst ist mit der Steigerung der Produktivität, dann müssen sie schon aus diesem Grunde die Einführung wertbeständiger Arbeitseinkommen betreiben. Die Arbeitsleistung leidet einmal durch die fortgesetzte Unruhe, die sich aus den fast permanenten Lohnverhandlungen zwangsläufig der Arbeiterkraft bemächtigt. Zunächst die Ungewissheit über die Höhe und den Zeitpunkt neuer Zulagen. Dann der Streit über Vanzüge oder Abkündigung der neuen Löhne und Gehälter. Raum sind jedoch die neuen Lohnvereinbarungen von den Mitgliedern der beiden Interessentengruppen angenommen, so beginnen bereits neue Lohnverhandlungen. Aber von diesem wesentlichen Moment der Unruhe abgesehen, kann von einer Arbeitsfreudigkeit solange nicht die Rede sein, so lange der Arbeiter und Angestellte wie auch der Beamte nicht weiß, welchen Reallohn er als Ergebnis seines Fleißes erhalten wird. Dazu kommt noch die Unterbindung der Arbeitsfreudigkeit und der Arbeitsleistung durch die schweren materiellen Sorgen und Nöte, die die Entwertung des Arbeitseinkommens im Gefolge hat. Eine unterdrückte, von materiellen Sorgen niedergedrückte Arbeiterkraft kann unmöglich leistungsfähig sein.

Auch das spekulative Moment ist nicht ohne Einfluß auf die Arbeitsleistung. Man kann sagen, daß auch die Arbeiterkraft in gewissen Sinne spekuliert, wenn sie sich nicht in der Lage ist, Devisen und Wertpapiere zu kaufen. In dem gleichen Maße wie das gesamte Spekulantentum heute auf den Sturz der Markte, spekuliert die gesamte Arbeiterkraft auf das Steigen der Markte, weil dieses ihr Arbeitseinkommen erhöht. Auch in diesem Sinne kann man sagen, daß die Arbeiterkraft heute die Trägerin des Staates ist.

Aber wertbeständige Arbeitseinkommen sind auch aus allgemeinen wirtschaftlichen Gründen eine dringende Notwendigkeit. Die erdrückend große Mehrheit der Verbraucher setzt sich aus

Lohn- und Gehaltseinkommern zusammen. Ein wirtschaftlicher Anreiz für jedes Unternehmen aber ist ein möglichst regelmäßiger Absatz. Die ungewisse Lage der deutschen Wirtschaft, die allerdings nicht ohne eine Abwärtsbewegung, hat ihre Quelle in dieser Unsicherheit der Konsumkraft der großen Massenbevölkerung.

Auch die Unwirtschaftlichkeit unserer Industrie rührt zum großen Teil daher. Denn die Entwertung der Arbeitseinkommen und die daraus erwachsenden Konsumschwächen bilden einen weiteren spekulativen Anreiz zur Geldentwertung. Aus der Geldentwertung wie aus dem Schwanken des Geldwertes überhaupt ergibt sich die Unterbindung des Spartriebes, die wieder eine unermessliche Verwertung des Kredit zur Folge hat. Die Konkurrenzfähigkeit unserer Industrie muß untergraben werden, wenn sie, wie das heute oft der Fall ist, 200 Prozent Kreditzinsen zahlen muß.

Aber von den allgemein wirtschaftlichen Gründen, die für die Einführung wertbeständiger Arbeitseinkommen sprechen, ganz abgesehen, sind diese ein unumgängliche Notwendigkeit für die Erhaltung der Arbeitskraft des deutschen Volkes. Sie sind auch geboten im Interesse der Selbsthaltung der Arbeiterschaft selbst. Ohne eine einigermassen stabile wirtschaftliche Existenzmöglichkeit, und wäre diese auch später als vor dem Kriege, ist der Arbeiter selbst eine wirtschaftlich wertlose Person. Und daraus ergibt sich auch der Widerstand scharfsinniger Arbeiter gegen wertbeständige Arbeitseinkommen. Wertbeständige Arbeitseinkommen werden deshalb erst dann aufgestellt werden müssen. Besonders aber auch deshalb weil sie alle Kräfte, die aus der Arbeitslosigkeit der großen Arbeitseinkommen einen direkten oder indirekten Nutzen ziehen, zum entschiedenen Gegner haben.

Aus dem Gelegenen ergibt sich aber auch, daß es sich bei wertbeständigen Arbeitseinkommen nicht um irgendeine Index- oder Lohn- oder Gehaltsänderung handelt. Indexlöhne beruhen auf dem Preisindex der Warenpreise. Zwischen diesen und den Erzeugerpreisen bestehen jedoch eine Reihe zum guten Teil spekulativer Momente, die deren Einfluß um so größer ist, je näher untere Waren stehen. Im Boden wie in den höheren Verhältnissen kommen diese Momente jedoch jeden Anreiz zur Spekulation nach Möglichkeit auszuschalten. Außerdem die Lebensmittelpreise heute fast unumkehrbar bestimmt werden von den Einfuhrpreisen der ausländischen Waren und nicht von den Produktionspreisen der inländischen Lebensmittel, werden es die Unternehmer als unbillige Belastung der Industrie zurückweisen, wenn sie ausschließlich die Kosten dieser Schwankungen zu tragen hätten.

Aus denselben Gründen haben keine Geld- oder Dollarlöhne den Nachteil, daß die Arbeiterkraft dadurch die effektive Trägerin des Kaufkraftindex und der Schwankungen der Arbeitslohnentwicklung ist. Es wird deshalb zu empfehlen sein, die Arbeitseinkommen auf einer Basis zu bemessen, die gleich dem Durchschnitt der Lebenshaltungskosten, des Dollarkurses und des Geldlohnindex aufgebildet. Die Praxis wird lehren, ob und wo diese Grundlätze zu ändern ist.

Auf einer solchen Grundlage können dann Lohnverträge von längerer Dauer abgeschlossen werden. Zunächst vielleicht nur für zwei oder drei Monate, weil man ja erst die Grundlätze erproben muß. Später wird man zu längeren Abschlüssen übergehen können und damit der Produktion eine Stabilität verschaffen, die eine wesentliche Bedingung der Hebung der Produktivität ist. Damit ist freilich noch gar nichts über die Höhe der wertbeständigen Arbeitseinkommen gesagt. Die wird im Zukunft wie in der Vergangenheit von dem Kräfteverhältnis zwischen Unternehmern und Arbeitern abhängen, das heißt auf keinen der Arbeitnehmer von der Kraft ihrer Gewerkschaften.

## Devisen-Kurse.

Berlin, 8. Juni.

Amfliche Devisennotierung an der Berliner Börse.

	7. Juni.	8. Juni.
Amsterdam	1 fl. 81047.—	80124.50
Brüssel (Antwerpen)	1 Fr. 4398.50	4314.—
Kristiania	1 Kr. 12266.70	12468.50
Kopenhagen	1 Kr. 14384.—	14265.—
Stockholm	1 Kr. 21147.—	20349.—
Helsingfors	1 Finn. Mk. —	2054.50
Rom	1 Lire 3690.50	3491.—
London	1 £ 36708.—	355110.—
Newyork	1 Dollar 79301.—	78807.—
Paris	1 Frs. 5107.—	4937.50
Zürich	1 Frs. 14314.—	13416.—
Madrid	1 Peseta 11999.50	11162.—
Wien	100 Kr. 111.22	102.74
Prag	1 Kr. 2359.—	2234.—
Budapest	1 Kr. 1976.—	1946.—

# Demisichte Nachrichten.

500 Millionen in der Reichsdruckerei gestiftet. Der Reichsdruckerei in Berlin wurden für 500 Millionen Mark 50000-Mark-Scheine gestiftet. Die Scheine waren zum Teil schon nummeriert, zum Teil noch ohne Kontrollnummern. Die Kontrollnummern läßt sich jedoch mittels Stimmzettelnetz nachprüfen. Die Verfall-erklärung der gestifteten Scheine ist aus praktischen Gründen nicht möglich.

Ein Scheffel-Haus am Hohenzollern. In Singen wird im Laufe des nächsten Monats mit der Errichtung eines Scheffel-Hauses begonnen. Das Haus soll einen großen Theateraal mit Bühne, ein dem Andenken des Kaisers gewidmetes Scheffel-Zimmer und ein kleines Museum enthalten. Der größte Teil der Gelder für das Scheffel-Haus ist durch Zeichnungen und Stiftungen angebracht worden. Die Abrechnung erfolgt in Form einer Aktiengesellschaft mit 100 Millionen Mark Kapital.

Ein Scheffel-Haus am Hohenzollern. In Singen wird im Laufe des nächsten Monats mit der Errichtung eines Scheffel-Hauses begonnen. Das Haus soll einen großen Theateraal mit Bühne, ein dem Andenken des Kaisers gewidmetes Scheffel-Zimmer und ein kleines Museum enthalten. Der größte Teil der Gelder für das Scheffel-Haus ist durch Zeichnungen und Stiftungen angebracht worden. Die Abrechnung erfolgt in Form einer Aktiengesellschaft mit 100 Millionen Mark Kapital.

Für 3 Milliarden Mark Juwelen des Kaisers Karl verurteilt. Der Vermögensverwalter des verstorbenen Kaisers Karl, Baron Steiner, ist mit einer Frau in Paris verhaftet worden. Er soll Juwelen, die der Gemahlin des Kaisers gehörten, verkauft haben. Es handelt sich um Bestandteile von 3 Milliarden Mark.

Hochwasser in Potulisch-Oberfließen. Am 7. Juni (Potulisch-Oberfließen) trat ein Höhe der Wasserstände die 21.5 m über die Meer- und 10.5 m über die Straßenniveau. Infolge eines Dammbrechens wurden Felder und Wiesen überflutet und die Säulen zerstört. In Potsdam wurde ein meßbares Wohnhaus durch die Fluten unterminiert, so daß es zusammenstürzte. Die Bewohner konnten nur mit Mühe ihr Leben retten. Die Deutschen haben und nachfolgend ebenfalls überflutet. Die Einwohner konnten noch rechtzeitig durch Hochwasserzeichen gewarnt werden, so daß Menschenleben nicht zu beklagen sind.

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Leber; für Freistaat Lübeck und Reichsminister Hermann Bauer; für Insterat Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. — Druck von Friedrich Meyer & Co., Berlin.

# Drei Soldaten.

Roman von Jon dos Passos.

Aus dem amerikanischen Manuskript überfetzt von Julian Gumbert. (Nachdruck verboten. Der Wall-Verlag, Berlin.)

10. Fortsetzung.

„Nun, eines dieser Feldschmeine kommt hinter mir her und beginnt zu schreien. Ich könnt euch denken, daß ich tief. Donnerwetter, hatte ich 'ne Angst. Aber ich hatte Schwein; da war ein Franzose, der gerade mit seiner Karre losfuhr, und ich sprang auf und sagte, die Feldschmeine seien hinter mir her. Der wurde ganz weiß, dieser Franzmann. Er gab seinem Wagen einen Hinterschuß in seinen Hintern und ich sah aus der Höhe, und da war verdammt viel Verkehr auf der Straße, weil da an der Front immer mal ein solch närrischer Angriff vor sich ging. So kam ich nach Paris. Da wäre alles schon gut gewesen, wenn ich nicht so ein Mädel getroffen hätte, das ich kannte. Ich hatte noch fünfzig Franken bei mir, und so machten wir 'ne kleine Rast. Wie wir eines Tages im Kasse de Paris saßen — wir waren beide so 'bißchen angefaßt, un' hatten nicht genug Geld, die Rechnung zu bezahlen — un' Janke lief, un' was Geld zu holen. Inzwischen aber sagte mich 'n Feldschmeine, un' dann war die Hölle los... Comprim? Sie stecken mich in die Bastille, denn verbunden sie mich nach irgend 'n nem verdammten Lager, geben wir ein Gewehr un' exerzierten mich eine Woche und packten uns schließlich alle in einen Zug nach der Front. Da war wieder fast Schluss mit mir, aber als wir in Vierzehn-Bräu ankamen, schickte ich meine Karre aus dem einen Fenster und sprang aus dem anderen un' auf einen Zug nach Paris zurück und ging und berichtete im Quartier, wie ich den Wagen zu Scherben gefahren habe, un' in der Bastille war, und alle waren während auf die Feldschmeine, und sie fanden mich in einer Abteilung, und alles ging gut, bis ich Befehl bekam, in dieses tolle Lager zu kommen. Un' jetzt weiß ich nicht, was sie mit mir vorhaben.“

„Donnerwetter!“

„Großartig, so'n Krieg. Sage, ich möchte nicht drum rumkommen. Bin froh, daß ich dabei bin.“

In der anderen Ecke des Zimmers sang einer:

„Oh Mademoiselle aus Armentief, Parlech wuh?“

„Donnerwetter, ich muß jetzt hier raus!“ sagte Dan Cohen nach einer Minute. „Draußen wartet 'n Mädel auf mich.“

Er schwannte hinaus und sang das Lied, das er immer sang:

„Bon soir, ma Hérie, Comment allez vous? Sie vous voulez Couchez avec moi...“

Die Tür schlug hinter ihm zu, und viele hatten das Raufwerk verlassen. Madame hatte wieder zu lachen begonnen, und Marie mit den festen, weißen Armen saß hinter ihr, hatte den Kopf zurück gegen die Wand gelehnt, die in Hausen hinter der Bar aufgeschichtet waren.

„Inseln haarte auf die Tür auf der einen Seite der Bar. Die wurde immer aufgemacht, und Männer schauten hinein und schloßen sie wieder mit einem forderbaren Ausdrack auf ihren Gesichtern. Dann und wann öffnete irgend jemand mit einem Lächeln, ging in das nächste Zimmer, überließ keine Fische an der Waite und schloß dann die Tür sorgfältig hinter sich.“

„Sagt mal, ich wundere mich, was dort los ist“, sagte der erste Sergeant, der auch zur Tür hinübergefahren hatte. „Müssen wir uns 'mal anschauen“, fügte er hinzu und machte bestreiten.

„Reiß nicht“, sagte Inseln. Der Champagner flirrte in seinem Kopf, wie eine Fische gegen eine Fenster Scheibe.

Der erste Sergeant stand auf. Er fühlte sich sehr müde und wichtig, ging auf die Tür zu, äugte hinein, winkte seinen Freunden und schlüpfte in das andere Zimmer. Dann schloß er die Tür sorgfältig hinter sich.

Der Korporal ging als nächster. Er sagte: „Ich will verdammt sein“, und ging gerade hinein und ließ die Tür offen stehen. Nach einem Augenblick wurde sie von innen geschlossen.

„Komm, Bill, wollen auch 'mal sehen, was sie da drin haben“, sagte Inseln.

„Gut“, meinte Bill Green. Sie gingen zusammen hinüber zur Tür. Inseln öffnete und schaute hinein. Erkannte ließ er den Atem in einem leise niedrigen Geräusch durch die Zähne hinaus.

„Donnerwetter, kommt rein, Bill“, sagte er grinsend. Der Raum war klein und wurde fast ganz von einem Tisch, der mit einem roten Tuch bedeckt war, eingenommen. Auf dem Tisch oberhalb des leeren Feuerplatzes waren Kerzen angebracht vor einem zerbrochenen Spiegel, die Lichte schälte sich von den weißen Wänden ab und gab dem Ganzen einen fauligen Geruch, der noch nicht einmal von dem Verdienst und Tabakrauch verdrängt wurde.

„Schau sie dir 'mal an, Bill“, flüsterte Inseln. Bill Grey grunzte. „Meinst du, daß das Mädel aus Paris, von dem uns Dan eben erzählte, wie die war?“

Am Ende des Tisches saß, auf ihre Ellenbogen gestützt, eine Frau mit schwarzem, kurzgeschneitten Haar, das nach allen Richtungen von ihrem Kopf abfiel. Ihre Augen waren dunkel und ihre Lippen schwebend. Sie schaute mit einer gewissen Verachtung auf die Männer, die an den Wänden herumstanden und am Tisch saßen.

„Nicht haben mit netten Jungen, zahlen Zimmer“, sagte sie in herausforderndem Tone. „Die werde ich mir holen!“ flüsterte Inseln aufgeregt und verurteilte Bill Green ohne mit seinen Lippen. Die Männer starren sie schweigend an. Ein großer Mann

mit roten Haar und schwerem Unterleib, der ihr am nächsten saß, rühte immer näher. Einer schlug auf den Tisch, so daß die Mädchen und Vierzehner gegeneinander klirrten.

„Die ist nicht sauber, hat kurzes Haar“, sagte der Mann neben Inseln.

„Du bist nicht sauber, du antippenst mich an den Hals!“ Die Frau sagte irgend etwas auf Französisch. Nur einer verstand es. Sein Lachen klang hohl in dem überfüllten Raum und brach plötzlich ab.

Die Frau sah sich die Gesichter um sie herum einen Augenblick aufmerksam an, zog die Schultern zusammen und begann die Schleife ihres Hutcs, den sie im Stuhl hielt, in Ordnung zu bringen.

„Wie kam die nur her? Ich dachte, die Feldschmeine hätten sie gerade aus der Stadt gejagt“, sagte einer.

„Du kennst Paris“, sagte ein Junge mit knister Stimme, der ihr nahe saß. Er hatte blaue Augen und eine milchweiße Haut, die leuchtete von den roten und braunen Gesichtern im Raum abwärts.

„Qui, de Paris“, sagte sie nach einer Pause und sah plötzlich dem Jungen gerade ins Gesicht.

„Die liest, sage ich dir“, meinte der Rothhaare, der jetzt schon seine Schuhe ganz nahe bei der Frau hatte. „Nicht wahr, du verfluchte Hölle?“

„Du sagstest dem, du bist aus Versailles und dem da, du bist aus Lyon“, sagte der Junge mit der weißen Haut und lächelte freundlich. „Draiment de au veran vous?“

„Ich komme von überall“, sagte sie und lächelte ihren Kopf, so daß das Haar ihr nicht mehr in die Augen fiel.

„Biel gereift?“ fragte der Junge.

„Einer erzählte mir“, sagte Inseln zu Bill Green, „er habe mit einem Mädel geputzt, wie dieses, das in der Türkei und Neapoli gewesen ist. Diese Mädels leben was vom Leben.“

Die Frau sprang plötzlich auf und schrie: „Nicht anfaßen...“

(Fortsetzung folgt.)







## Freistaat Lübeck.

Freitag, 8. Juni.

### Arbeit.

Wie ein gewaltiger Reulenjährling  
Wuchst und schwer,  
Entwächst meiner Hand  
Kleingroß:  
Arbeit.

Endlos sich breitet  
Wie ein gewaltiger Baum  
Führt sie sich vor zu den Grenzen der Welt.  
Und hoch in den Himmel,  
Strohend vor Kraft.

Die sie jagt  
Aus den Tiefen der Erde,  
Die der Mensch durchwühlt  
Mit zitternden Händen  
Und tränendem Blick.  
Über Holz und erfüllt von endloser Freude,  
Bergehend den Schmerz und die Mühe des Schaffens,  
Dessinet den Schloß er der reisenden Gente.

Und durch die fruchtschweren Zweige  
Des spendenden Baumes  
Trifft ihn der Blick eines lieblichen Mädchens,  
Lächelnd vor Glück.

Erich Grisar  
(in seiner Gedichtsammlung „Morgens auf“.  
Verlag R. Rucke, Leipzig.)

### Die wöchentliche Schröpfung der Verbraucher.

Milchpreis für Lübeck 1520 Mark.

Nachdem die Hamburger Butternotierungskommission vorige Woche den Butterpreis „nur“ um 2000 Mark gesteigert hatte, holte sie am Donnerstag das Verkaumte nach und schlug noch einmal 2400 Mark zu. Die Notierungskommission nimmt den Milchproduzenten die Last der Reifertigung ab und gibt ihnen freiwillig, was sie sich öffentlich zu fordern schämen. Sie kauft:

Die Erhöhung mußte in einem Ausmaße erfolgen (14 800 Mark, Milch 1700 Mk.), um bei den Produzenten das Interesse an der Produktion wachzuhalten und damit eine dauernde regelmäßige Beschäftigung der Buttermälzer zu gewährleisten. Wie in der vorigen Woche so mußte auch diesmal in Betracht gezogen werden, daß das Fettprodukt, die Butter, mindestens einen solchen Preis erzielt, der es verhindert, daß die Milch verfaulen wird. Auch war wiederum zu berücksichtigen, daß die Ersatzfette Schmalz und Margarine in den letzten Tagen den Butterpreis überflügelt hatten, ein Zustand, der volkswirtschaftlich unhaltbar ist, ohne die Butterproduktion zu lähmen. Der Weltmarktpreis für Butter, z. B. in Dänemark beträgt nach heutigem Valutastande etwa 26000 Mark pro Pfund. Es sei deshalb erneut darauf hingewiesen, daß Butter, gemessen an anderen wichtigen Nahrungsmitteln, relativ nicht zu teuer ist.

Ganz gewiß ist die Butter für Säugler und sonstige Hals-Weiden nicht zu teuer. Sie wuchern ja so unerschämte, daß sie alles handverkauft vom Volke erpressen, was sie in ihrem Wank verschlingen. Im übrigen ist die Begründung ein Schälbeispiel dafür, was man heute der Deffentlichkeit alles zu bieten mag. Das „Interesse“ der Produktion wird seit Jahr und Tag wachgehalten, der Beutel der Agartier gefüllt, ohne daß sich diese je die geringste Mühe gegeben hätten, dem Volke die Schaffenskraft zu erhalten. Hier wird den Milchzeugern das Geld mit Scheffeln in den Rücken geworfen, und in den Städten müssen sich — wie jetzt in Lübeck die Metallarbeiter — die Arbeiter wochenlang um einige Mark Lohnnachholung herumstreiten. Die Angehörigkeit auf den Weltmarktpreis besagt: auch gerade genug. Der deutsche Arbeiter erhält nur den 6. bis 10. Teil des Lohnes seines ausländischen Kollegen. Auf diesem Maßstab gemessen, bezahlt er die Butter aber 6—8mal zu teuer.

Man übersehe uns nicht. Auf die Butter kommt es nicht an. Der Arbeiter muß sich mit der minderwertigsten Margarine abfinden, wenn er diese überhaupt kaufen kann. Aber von Butterpreis ist der Milchpreis abhängig. Das wichtigste Nahrungsmittel für Kinder, Kranke, Wöchnerinnen. Auch für diese ist die Milch längst ein Luxusartikel geworden. Und für die Alexarämten muß der Staat einspringen. Die Steuern hierfür bringen die Lohn- und Gehaltsempfänger auf, haben also den Agartieren doppelten Tribut. Wird das Volk bei den nächsten Wahlen gekheitert werden?

Lübeck und Schweden. Aus der Senatstangente geht uns folgendes Schriftstück zu: In Schweden wird alljährlich der 6. Juni als der Tag, an dem im Jahre 1523 Gustaf Wasa zum König des durch ihn von der Dänenherrschaft befreiten Landes gewählt wurde, als sogenannter „Gustafstagen“ unter Beteiligung der Regierung festlich begangen. Der Senat hat daher anlässlich der diesjährigen Vierhundertjahrfeier jenes Tages, eingedenk der jahrhundertelangen freundschaftlichen Beziehungen zwischen Lübeck und Schweden, dem schwedischen Volke und seiner Regierung ein Begrüßungstelegramm zugehen lassen, auf das die folgende telegraphische Antwort eingegangen ist:

„Stockholm, 6. Juni.

Senat der freien und Hansestadt Lübeck.

Für die liebenswürdige Erinnerung herzlich dankend, sendet die schwedische Regierung am vierhundertjährigen Gedenktage der Bollenung des schwedischen Befreiungswertes an die freie und Hansestadt Lübeck und ihren Senat ihre freundschaftlichen Grüße. Im Namen der schwedischen Regierung

Trögger, Minister-Präsident.

Der Konsumverein könnte zu billig sein. Die Gemüsekonzernfabriken bemühen sich seit einer Reihe von Jahren, die Ausfuhr-Erlaubnis für ihre Produkte, zunächst allerdings nur für Spargelfabrikate, zu erwirten. Der geringe Absatz an Gemüsekonzernen könnte fraglos größer sein, wenn die Preisentwicklung nicht so rapide nach oben gegangen wäre. In den Verhandlungen mit dem Reichsernährungsministerium, das über die Ausfuhrerlaubnis zu befinden hat, wurde von Verbraucherseite auch verlangt, daß die Konsumvereine eine andere Würdigung erfahren, als ihnen bisher zuteil wurde. Die Einkaufszentrale der Konsumvereine, die Großhandlungs-

gesellschaft deutscher Konsumvereine m. b. H., Hamburg, soll, so will es der Schutzverband der Konzentrationen, nicht als Großhändler gelten, obwohl es unbestritten — auch von den Konzentrationen selbst — im ganzen deutschen Vaterlande keinen Großhändler gibt, der auch nur annähernd soviel Gemüsekonzernen abnimmt wie die „GCG“. Die Fabrikanne erwiderten darauf, daß durch die Organisation der „GCG“ sowohl Speeren als auch Umfassbarer gepart würde und daß dadurch die Konsumvereine in die Lage kämen, die Konzentrationen um zirka 200 bis 400 Mark pro Dose billiger zu verkaufen, als es auf dem Umwege über die Großhändler tun könnten. Damit den Kleinhandlern also die Konkurrenz der Konsumvereine vom Halbe gehalten wird, soll der „GCG“, der wiederholen es, als dem größten Abnehmer, ein höherer Preis abgefordert werden, als dem kleinsten Provinzialgroßhändler mit vielleicht einem Konzentrationen um nicht einmal 1/2 Proz. desjenigen Umsatzes der „GCG“ in dem gleichen Artikel. Die Fabrikanne sagten also, bevor wir den in den Konsumvereinen organisierten, meistens den minderbemittelten Schichten der Bevölkerung angehörenden Verbrauchern den Vorteil gönnen, ein Nahrungsmittel um 200 bis 400 Mark pro Dose billiger erhalten zu können, stehen wir, die „acmen“ Fabrikanne, die Differenz in die Tasche. Für die Fabrikanne bedeutet diese Differenz, entsprechend dem ungefähren Bedarf der „GCG“ an Gemüsekonzernen, einen Ertrag von zirka 750 Millionen Mark, den sie auf Kosten der ärmeren Bevölkerung in ihre Tasche stecken wollen. Es sind wahrlich nette Volksgemessen, diese Sorte von Fabrikanne.

### Ein Schieberprozeß

spielte sich am Mittwoch vor dem hiesigen Schöffengericht ab. Angeklagt waren der Elektrofachmann Paul Binge, der Handlungsgehilfe Hugo Bollmeyer, der Expedient Bruno Siwert und der Hilfskassierer Busch. Binge hatte seit September vor. Jahres etwa 20 000 Glühbirnen im Wert von 45 Millionen Mark nach Dänemark verkauft, ohne eine Ausfuhrbewilligung zu besitzen. Der Handlungsgehilfe Bollmeyer, der bei einer hiesigen Expedition angestellt war, besorgte die Kontonote, die Aufnahme der Güter in den Schuppen übernahm der Hilfskassierer Busch. Es war ein regelrechtes Hand-in-Hand-Arbeiten unter Umgehung der Zollvorschriften. Dem Bollmeyer wurden von Binge etwa 800 000 Mark ausbezahlt, wovon er die Hälfte an Busch abgab, der wiederum Siwert einen Teil aushändigte. Das Gericht verurteilte Binge, der bereits wegen Betruges, Betrugsversuchs und Korruptionsverbrechen verurteilt ist, zu 6 Monaten Gefängnis und 135 Millionen Mark Geldstrafe, an deren Stelle im Nichtzahlungsfalle für je 30 000 Mk. ein weiterer Tag Gefängnis kommt. Bollmeyer kam mit 2 Monaten Gefängnis davon, Busch mit 300 000 Mark Geldstrafe. Gegen Siwert wurde die Verhandlung ausgesetzt. Der Anwalt des Staatsanwalts lautete bei Bollmeyer auf 4 Monate Gefängnis und die gleiche Geldstrafe wie bei Binge.

### Sozial- und Kleinrentnerfürsorge in Lübeck.

In einer Senatsvorlage an die Bürgerschaft wird gesagt: Die Ausführung der durch reichsgesetzliche Bestimmungen neuerdings erheblich erweiterten Sozial- und Kleinrentnerfürsorge wird im Rechnungsjahr 1923 ganz wesentlich erhöhte Aufwendungen erforderlich machen. Das Wohlfahrtsamt hat deshalb beantragt, ihm die nötigen Mittel zur Verfügung zu stellen, indem es im einzelnen folgendes ausgeführt hat:

1. Sozialrentnerfürsorge. Durch die letzte Abänderung des Gesetzes über Notstandsmaßnahmen zur Unterstützung von Rentnempfängern der Invaliden- und Angefalltenversicherung sind die Unterstützungslage für die Sozialrentner mit Wirkung vom 1. März 1923 ab auf das Vierfache der bisherigen Beträge festgesetzt worden. Die monatliche Unterstützung beträgt:
  - a) einer Invaliden- oder Altersrente oder eines Ruhegeldes aus der Angefalltenversicherung 40 000 Mk.
  - b) einer Witwen- oder Wierwerente sowie einer Hinterbliebenenrente aus der Angefalltenversicherung 36 000 Mk.
  - c) einer Waisenrente 20 000 Mk.

Beim Vorhandensein von Kindern unter 15 Jahren oder eines erwerbsunfähigen Ehegatten erhöht sich die Unterstützung um 5000 Mk. monatlich. Hat der Rentnempfänger Einkommen aus Arbeit oder aus Vermögensansprüchen usw. so wird dieses, soweit es eine im Gesetz im einzelnen festgelegte Grenze überschreitet, auf die Unterstützung angerechnet. Bei rund 2500 Sozialrentnern werden sich die monatlichen Unterstützungen insgesamt auf rund 76 000 000 belaufen, sodas für das Rechnungsjahr 1923 insgesamt etwa 192 Millionen Mark erforderlich sein werden. Von diesen Kosten werden vom Reiche 1/2, also 729 600 000 Mark, erhaltet werden; es bleiben mithin zu Lasten Lübecks 182 400 000 Mk.

Angesichts der jetzt eingetretenen ziemlich beträchtlichen Erhöhung der Unterstützungen wird die finanzielle Sonderfürsorge im gewissen Umfange eingeschränkt werden können; so werden z. B. keine Gas- und Brotpreiserhöhungen mehr gewährt. In Fällen besonderer Not wird den Rentnern aber auch künftig eine über die reichsgesetzliche Unterstützung hinausgehende finanzielle Hilfe nicht verweigert werden können. In erster Linie handelt es sich hierbei um Beihilfen zu den außerordentlich gestiegenen Mieten, um Zuschüsse zu Beerdigungskosten, um Gewährung freier ärztlicher Hilfe und Arzneien, um Pflegebeihilfen in Fällen besonderer Entzerrung sowie um Zuschüsse für die Bekleidung von Kleidung und Wäsche usw. Für alle diese Zwecke werden für das laufende Rechnungsjahr, selbst, wenn die Sonderunterstützungen auf das unbedingt notwendige Maß beschränkt werden, mindestens 30 Millionen Mark aufzuwenden sein. Diese Summe muß Lübeck allein aufbringen.

2. Kleinrentnerfürsorge. Durch das Reichsgesetz vom 4. Februar 1923 ist der Kreis der Fürsorgeempfänger wesentlich erweitert worden, sodas sich die Zahl der in Fürsorge zu nehmenden Personen künftig auf 2500 bis 3000 belaufen wird. Die Fürsorge soll sich nach dem Gesetz nach Art und Umfang derjenigen für Sozialrentner angleichen. Für die Kleinrentner wird daher für das Rechnungsjahr 1923 mit einer Ausgabe von insgesamt etwa 1200 Millionen Mark zu rechnen sein. Nach dem Gesetz erstattet das Reich im Rahmen der ihm durch den Reichshaushalt zur Verfügung gestellten Mittel den Gemeinden 1/2 der ihnen durch die Kleinrentnerfürsorge entstehenden tatsächlichen Aufwendungen. Ob Lübeck voll 1/2 seiner Kosten erhaltet bekommen wird, läßt sich im Augenblick noch nicht übersehen.

Für Fälle von besonderem Notstand hat das Wohlfahrtsamt in seinen Haushaltsplanentwurf 2 Millionen Mark eingestellt. 3. Außer den vorstehend aufgeführten Ausgaben werden noch ganz beträchtliche Aufwendungen zu machen sein einmal für die Gewährung von Milchgutsgeldern an Fürsorgebedürftige verschiedener Art und weiter für andere besonders zu beachtenden Lebensbedarf wie Feuerung, Kartoffeln usw. Bei diesen Sonderverteilungen werden gleichfalls nicht nur die Sozial- und Kleinrentner, sondern auch die übrigen Fürsorgebedürftigen, wie Kriegsverletzte, Kriegshinterbliebene, Blinde, fahrende Familien und Erwerbslose berücksichtigt werden müssen. Soll den Notleidenden eine auch nur einigermaßen spürbare

Hilfe zuteil werden, so wird hier schätzungsweise mit einem geringeren Betrage als 500 Millionen Mark nicht auszukommen sein.“ Insgesamt werden 2644 Millionen Mark gefordert, die der Senat zur Mitgenehmigung der Bürgerschaft empfiehlt.

### Arbeiter Sport.

Der kombinierte Staffettenlauf, der am kommenden Sonntag vom Arbeiter-Sport-Kartell veranstaltet wird, ist ein sportliches Ereignis, das bisher in Lübeck noch nicht gezeigt wurde. Eine kurze Beschreibung der Veranstaltung sei hier mit gegeben. Es sind folgende Sportarten beteiligt: Laufer, Schwimmer, Radfahrer, Segler und Paddler. Der Lauf beginnt auf Buriamschhof. Die Staffettenhölzer werden bis an den Elbe-Trans-Kanal gebracht, dort von den Schwimmern in Empfang genommen und bis ans jenseitige Ufer gebracht. Dort sind die Käufer und bringen die Hölzer bis zu den Anlegerbrücken von Lissauer, wo sie von den Schwimmern zur Lachwehr gebracht werden. Nun wird das Revier Holstenort-Süd und Nord abwechselnd von Radfahrern und Laufern durch-eilt, um dann wieder bei der Klapp- und Drehbrücke den Schwimmern die Staffetten zu übergeben. Nach bei der Burotorbrücke wird es interessante Momente geben. Die Wortstadt St.-Gertrud wird nun wieder mit Laufern und Radfahrern besetzt und die Schwimmer haben die Aufgabe, bei der Mollkebrücke die Hölzer an die Segelboote zu bringen. Nachdem dann die Segler ein Stück die Bakeny entlang gefahren sind, übernehmen die Paddel-boote die Staffetten und lassen diese bei der Falkendammbecken-stadt ans Land bringen. Radfahrer stehen bereit, um die Hölzer zu den Schwimmern am Kanal (gegenüber Buriamschhof) zu bringen. Die letzten Läufer laufen auf Buriamschhof die Schlußrunde. Eine große sportliche Veranstaltung, die wert ist, von Lübecks Bevölkerung beachtet zu werden. Am 9 Uhr morgens ist Marsch zum Arbeiter-Sportheim (Hundebstraße) unter Vorantritt der Trommler und Pfeifer. Von der Burgstraße gehen alle Beteiligten an ihre Plätze und um 10 Uhr beginnt der Lauf auf Buriamschhof.

Der Rückgang der Fleischmahlung in Deutschland. Der Fleischkonsum des deutschen Volkes ist nach der „Rheinischen Wochenschrift“ von 52 Kilogramm der Vorkriegszeit auf 28 Kilogramm im Jahre 1922 zurückgegangen. Im stärksten Maße von dieser Rückgang das Schweinefleisch betroffen, das nicht nur wegen seines Geschmackes, sondern auch wegen des Gehaltes an Fett als Hauptnahrungsmittel in Betracht kommt. Stellt man die Schlachtkörper vom Februar 1923 denen von 1913 gegenüber, so ergibt sich eine Abnahme für Rinder um 13 Proz., für Kalber um 22 Proz., für Schafe um 47,6 Proz., für Schweine um 48 Proz. — Dabei ist in Betracht zu ziehen, daß die wenigsten Menschen 26 Kilogramm Fleisch im Jahre verzehren können. Was das schaffende Volk zu wenig kriegt, vertilgen die „Auserwählten“ um so appetitvoller.

Immer wiederkehrender Schwindel. Wir haben erst kürzlich auf den Umfang der Kettenbriefe aufmerksam gemacht. Sie grassieren immer noch. In deutscher und englischer Sprache werden die Kaperketten verschickt und wird anfälligen Gemütern gütlich zu machen versucht. Normal veranlagte Menschen werden sich durch solchen Unfug nicht irre machen lassen, wohl aber gibt es abergläubische Großtinnen — wir führten in Nr. 123 einige an —, die auf den Kohn eingehen und Porto verschicken. Nur um die in den Briefen enthaltene Arbeit nochmals zu kennzeichnen, drucken wir das blödsinnige Schreiben ab, das aufs neue einem Ketterer Gehaltsmann zugehakt wurde. Es lautet:

Bitte dies zu kopieren und nam von Ihren Freunden zu senden. Diese Kette wurde von einem amerikanischen Offizier angefangen und soll dreimal um die Welt gehen. Bitte unter-suchen Sie diese Kette nicht, denn wer dies tut, wird Unglück haben. Kopieren Sie innerhalb vierundzwanzig Stunden und rechnen Sie neun Tage danach und Sie werden großes Glück haben. Laßt uns doch durch das Jahr 1922—1923 gehen. Man sollte es nicht für möglich halten, daß in unserem Zeitalter solcher Quatsch überhaupt geschrieben werden kann. Irrsinnig ist der Verfasser fabelhaft und die keinem Beispiel folgen, sind zeit für die Totenankunft.

Neue Reichshanknoten zu 500 000 Mark. Infolge der neuen Entwertung der Mark erweisen sich die zurzeit im Umlauf befindlichen Noten von 50 000 und 100 000 Mark für hohe Barzahlungen als unzureichend. Deshalb hat die Reichsbank neue Noten im Nennbetrage von 500 000 Mark in Auftrag gegeben. Die neuen Noten werden im Gegensatz zu vielen bisher im Umlauf befindlichen und die 20 000-Mark-Noten daher leichter verführbaren Geldscheine von der Reichsbankerei im Kupfertiefdruckverfahren hergestellt werden, das die Nachahmung bedeutend erschwert. Die Noten werden voraussichtlich Mitte oder Ende Juni zur Verfügung gelangen, da die Technik des Kupferdrucks eine sehr sorgfältige und deshalb etwas langsamere Herstellung als das Buchdruckverfahren erfordert.

Neue Feuer-Verbindungen für Seelente. Am 5. Juni fanden zwischen dem Zentralverein Deutscher Redner und den dem A. S. V. angeschlossenen jeemännlichen Organisationen Verhandlungen über die Regulierung der Mai-Feuer statt. Das Ergebnis ist nach zwölfstündiger Verhandlung folgendes: „Mit Wirkung ab 1. Mai erfolgt ein Aufschlag von 75 Prozent auf Feuer-, Brandpolice, Ueberfundenätze. Das Verpflegungsgeld wird erhöht mit Wirkung ab 1. Mai auf 9500 Mk. pro Tag, bei ambulanten Bezahlung und in solchen Fällen, in denen an Bord nicht geschloßt wird, auf 12 000 Mk. pro Tag. Die Sätze für Effektensicherung werden um 150 Prozent erhöht.“

Volkshöhne zu Lübeck e. V. Die Volkshöhne, die ihr erstes Geschäftsjahr abschloß, hatte zu Mittwochabend ihre Mitglieder nach der Aula des Johanneums geladen. Der Vorsitzende, Herr Prof. Andres, gab den Jahresbericht. Er betonte, daß nicht alles so glatt gegangen sei, wie dies nach außen in die Erklärung trat, doch könne man im Allgemeinen mit dem Ergebnis zufrieden sein. Die Treue der Mitglieder zur Volkshöhne müsse besser werden. Den Mitgliedern wurden neben der Eröffnungsfeier und der Gerhardt-Hauptmann-Feier, die beide schlecht besucht waren, 31 Abendveranstaltungen und 17 Sonntagnachmittagsvorstellungen geboten. Hiervon waren 25 Opern- und 23 Schauspielvorstellungen. Die Geldentwertung erforderte wiederholt Erhöhung der Beiträge. Unersichtlich ist, daß trotz weitestens Entgegenkommens einige Gruppen, die sich den Namen „deutsche Bünde“ zulegten, unter Führung eines Vorstandsmitgliedees Sonderveranstaltungen gaben. Ein solches Verhalten sei tief bedauerlich. Zu besonderem Dank sei die Volkshöhne den Herren Reich und Braasch verpflichtet, die in ungenügender Weise beinahe die ganze Arbeit leisteten. Auch unsern Ordernern und Zahlstellenbestimmern sei der Dank ausgesprochen. Es sei zu hoffen, daß im neuen Geschäftsjahr alle Wünsche befrichtigt und der Verein neue Anhänger gewinnen werde. Den Kassenbericht erstattete der Kassierer Herr Braasch. Die Einnahmen betragen 11 077 107 Mark, die Ausgaben 10 677 179 Mark, so daß ein Kassenbestand von 399 928 Mark verbleibt. An die Kasse des Stadttheaters wurden 10 463 420 Mark gezahlt. Den Bericht der Kassenprüfer gab Herr Göhr. Er beantragte Entlastung des Kassierers, da Beanstandungen nicht zu erheben waren. Eine



